

**Exposé zur  
Ausschreibung von Promotionsstipendien  
im Forschungsschwerpunkt  
„Transformationsprozesse der Parteiendemokratie“**

Prof. Dr. Lothar Probst (verantwortlicher Leiter)  
Politik- und Kulturwissenschaftler  
Universität Bremen, Institut für Politikwissenschaft  
Leitung des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung  
c/o InIIS  
Linzer Str. 4  
28359 Bremen  
[www.lotharprobst.de](http://www.lotharprobst.de), [www.awapp.uni-bremen.de](http://www.awapp.uni-bremen.de)  
E-Mail: [lothar.probst@iniis.uni-bremen.de](mailto:lothar.probst@iniis.uni-bremen.de)

Prof. Dr. Frank Nullmeier  
Politikwissenschaftler  
Universität Bremen, Institut für Politikwissenschaft  
Zentrum für Sozialpolitik (ZeS)  
Leiter der Abteilung Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates  
<http://www.zes.uni-bremen.de/homepages/nullmeier/>  
E-Mail: [frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de](mailto:frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de)

## 1. Zusammenfassung

In der Politikwissenschaft (und anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen) werden seit den 1980er Jahren die Veränderungen und Dynamiken der Parteiendemokratien in Europa systematisch analysiert und erforscht. Je nach Forschungslage und Standort oszillierten die Diagnosen, auch in Bezug auf die Parteiendemokratie der Bundesrepublik, in der Vergangenheit meistens zwischen den beiden Polen „Krise des Parteiensystems“ und „Wandel des Parteiensystems“.

An diesen Einschätzungen hat sich, mit Blick auf das gegenwärtige Entwicklungsstadium des Parteiensystems der Bundesrepublik, wenig geändert. Während einzelne Autoren bereits vom „Abstieg der Parteiendemokratie“ mit einem hohen Konflikt- und Desintegrationspotential sprechen (vgl. Kleinert 2007), sehen andere Autoren in den gegenwärtigen Veränderungsprozessen lediglich eine weitere Phase des Wandels der Parteiendemokratie, die keinen grundsätzlichen Anlass zur Besorgnis gibt (vgl. Decker 2007). Bei aller Unterschiedlichkeit der Diagnosen ist sich die Mehrheit der Forscher jedoch darin einig, dass die Parteiendemokratie seit geraumer Zeit einen Wandlungsprozess durchläuft, der sich in einschneidenden Veränderungen des Parteienwettbewerbs, der Interaktionsbeziehungen der Parteien, ihrer Organisationsstrukturen und gesellschaftlichen Funktion sowie ihrer Kommunikationsstrategien widerspiegelt. Vor diesem Hintergrund verfolgt die Ausschreibung mehrerer aufeinander bezogener Promotionsvorhaben in diesem Forschungsschwerpunkt das Ziel, verschiedene Facetten des Transformationsprozesses der Parteiendemokratie empirisch genauer zu untersuchen und zwar zunächst einmal unabhängig davon, ob dieser als Krise oder als Wandel wahrgenommen wird. Die im Rahmen des Forschungsschwerpunkts entstehenden empirischen Arbeiten sollen dazu beitragen, die Frage nach dem Charakter des gegenwärtig stattfindenden Transformationsprozesses der Parteiendemokratie genauer zu bestimmen. Erst auf dieser Grundlage lässt sich die Frage, ob es sich um eine Krise mit systemtransformierender Wirkung oder „nur“ um einen erneuten Wandel der Parteiendemokratie mit Innovationspotenzial für die Zukunft handelt, fundierter beantworten.

## 2. Gegenwärtiger Forschungsstand und konzeptionelle Überlegungen zum Forschungsschwerpunkt

Der Begriff „Parteiendemokratie“ wird in der Regel benutzt, um die wesentliche Rolle von Parteien im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einer demokratisch verfassten Gesellschaft zu charakterisieren (vgl. Schmidt 2004: 517). Diese Beschreibung geht davon aus, dass den Parteien aufgrund ihrer Rekrutierungsfunktion des politischen Personals, ihrer Fähigkeit zur Interessenartikulation und -aggregation sowie ihrer durch Wahlen legitimierten Funktion, Wählerinteressen in Regierungshandeln umzusetzen, eine gewisse Monopolstellung (vgl. von Alemann 2003) im politischen Prozess zukommt. Aufgrund dieser intermediären Vermittlungsfunktion sind sie in der Lage, politische Steuerungsfunktionen im Staat zu übernehmen. Freie Wahlen, eine demokratisch organisierte Öffentlichkeit und demokratisch verfasste Parteien sind in diesem Zusammenhang unverzichtbare Elemente einer Parteiendemokratie. In der Bundesrepublik ist die herausgehobene Position der Parteien durch das Grundgesetz (Artikel 21) und das Parteiengesetz verfassungsrechtlich abgesichert.

Auch wenn man dem Begriff „Parteiendemokratie“ wertneutral in erster Linie eine beschreibende Funktion zuschreibt, ist er nicht ganz unproblematisch, weil das Kompositum eine natürliche Verschmelzung zwischen Parteien und Demokratie unterstellt und damit die möglichen Konflikt- und Spannungsfelder zwischen der Rolle der Parteien und einem demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess nicht angemessen abbildet. Nicht zuletzt daraus resultiert häufig eine abwertende Verwendung des Begriffs Parteiendemokratie, die in der Kritik am „Parteienstaat“ gipfelt, in der die Parteien alle Bereiche des öffentlichen Lebens durchdringen und bestimmen (vgl. von Arnim 1990). Auch in der ausufernden Diskussion

über Parteien- und Politikverdrossenheit (vgl. Arzheimer 2002) äußert sich das Missbehagen an der „Parteiendemokratie“. Wenn im Kontext des Forschungsschwerpunktes dennoch der Begriff Parteiendemokratie eine Schlüsselrolle spielt, dann deshalb, weil er zum einen in der Parteienforschung etabliert ist und zum anderen, weil er in erster Linie beschreibend und nicht im Sinne einer normativ aufgeladenen Kategorie verwendet werden soll (vgl. Gabriel et al. 1997).

Seit den 1970er Jahren wird in der politikwissenschaftlichen Literatur verstärkt über Defizite und Probleme der Parteien und der Parteiendemokratie diskutiert. Dabei reichten die Diagnosen vom Wandel, über die Krise bis zum Niedergang der Parteiendemokratie (vgl. Dittberner/Ebbinghausen 1973, Krockow/Lösche 1986, Decker 1999, Poguntke 1999). Die Beschreibung von Krisenphänomenen der Parteiendemokratie korrespondiert häufig mit der Analyse gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und Krisen (Verlust von interner und externer Souveränität klassischer nationalstaatlich organisierter Demokratien). Auch wenn die zum Teil normativ aufgeladene Debatte, die Mitte der 1990er Jahre einen Höhepunkt erreichte (vgl. Decker 2007: 21), mittlerweile in sachlicheres Fahrwasser geraten ist, wird auch weiterhin intensiv über Krisensymptome und Phänomene des Wandels der etablierten Parteiendemokratien Europas diskutiert. Man geht davon aus, dass sich die Parteiendemokratien in einem tief greifenden Umbruchprozess befinden. Der Rückgang bei den Parteimitgliedschaften und der Einbruch in der sozialen und elektoralen Verankerung der Parteien, der Bedeutungsverlust traditioneller Konfliktlinien im Wählerverhalten und Parteienwettbewerb sowie die Erosion sozialer Milieus und die damit einhergehende Fragmentierung der Wählerschaft gelten als bedeutsame Merkmale dieses Umbruchprozesses (vgl. Jun 2000: 347). Oberreuter diagnostiziert in diesem Zusammenhang: „Die Erosion von Parteibindungen und Loyalitäten setzt sich fort und scheint sich zu beschleunigen“ (Oberreuter 1996: 14). Die Parteien sind gezwungen, auf diese Entwicklung zu reagieren und stehen „vor der Aufgabe, sich auch auf komplexeren Wählermärkten zu behaupten und beim anhaltenden Trend des Mitglieder-rückgangs und der abnehmenden Loyalitäten eine Transformation ihrer Organisationsstrukturen [zu] implementieren“ (Jun 2000: 348). Am signifikantesten zeigt sich die doppelte Partizipationskrise (Rückgang der Wahlbeteiligung und sinkende Mitgliederzahlen) bei den Volksparteien, die ihre Rolle als Stabilitätsanker des bisherigen Parteiensystems mehr und mehr einbüßen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Wandel des Parteiensystems in Deutschland (aber auch in anderen europäischen Ländern) sich nicht nur in einer weiteren Ausdifferenzierung des Parteiensystems, sondern auch in der Veränderung von Koalitionsmustern, Organisationsstrukturen und Kommunikationsstrategien der Parteien widerspiegelt.

Ob es sich bei dem allseits konstatierten Wandel der Parteiendemokratie lediglich um einen begrenzten Anpassungsprozess der Parteien an veränderte politische Umwelten handelt, um einen Strukturwandel oder sogar um eine systemische Transformation (wie z.B. der von Colin Crouch [2004] ins Spiel gebrachte Begriff der „Postdemokratie“ nahe legt) ist eine offene Frage, die bisher von der Forschung nicht eindeutig beantwortet werden kann. In diesem Zusammenhang gerät der Begriff der Transformation, der in der Beschreibung des Forschungsschwerpunktes eine tragende Rolle spielt, in den Blick. Der Begriff wird zwar immer wieder mal zur Beschreibung einzelner Phänomene des Parteienwandels bzw. des Umbruchs des Parteiensystems benutzt, ohne ihn jedoch im Kontext der Parteienanalyse explizit zu definieren bzw. zu erklären. So spricht von Alemann z.B. von der „Transformationsphase“ des Parteiensystems in der Bundesrepublik (1976 bis 1990) und umschreibt damit einen Zeitraum, der durch eine Aufweichung des relativ stabilen Zweieinhalbparteiensystems (Ende der 1950er Jahre bis Mitte der 1970er Jahre) geprägt war (von Alemann 2003: 62f). Was von Alemann in diesem Kontext genau unter Transformation versteht, bleibt aber genauso unklar wie bei Thomas Meyer, der von einer „Transformation der Parteiendemokratie in die Mediendemokratie“ spricht (Meyer 2005: 227).

Tatsächlich ist die Verwendung des Transformationsbegriffs im Zusammenhang mit der Beschreibung des Wandels der Parteiendemokratie nicht unproblematisch, weil der Transformationsbegriff in der sozialwissenschaftlichen Forschung relativ eindeutig konnotiert ist. In

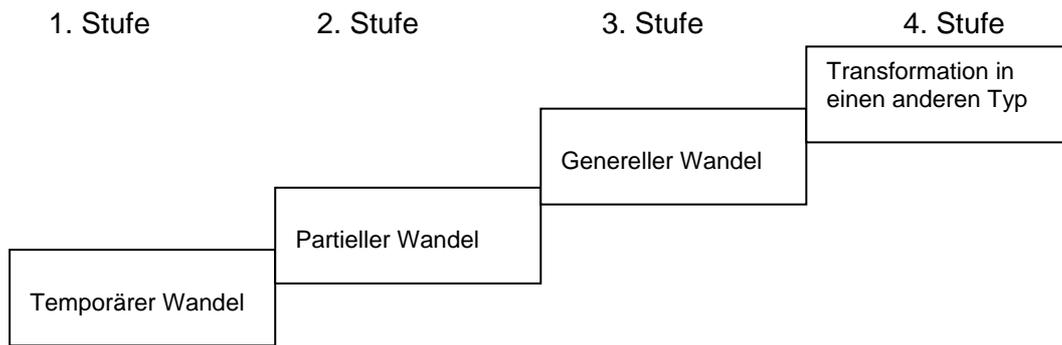
der Transformationsforschung, die sich im Rahmen der vergleichenden Systemanalyse als eigener Forschungszweig etabliert hat, wird unter Transformation in der Regel ein vollständiger Systemwechsel verstanden, der alle gesellschaftlichen Teilsysteme umfasst und diese einer radikalen Veränderung unterzieht (vgl. Sandschneider 1995; Merkel 1999). Davon abgegrenzt wird meistens der Begriff Transition, der sich lediglich auf entsprechende Veränderungen in der politischen Sphäre bezieht oder aber den „Zeitraum vom Beginn des Zerfalls des alten Regimes bis zur Einführung der Spielregeln des neuen Regimes“ (Schmidt 2004: 716) beschreibt. Versteht man also unter Transformation im Sinne der Transformationsforschung einen Systemwechsel, dann könnte man allenfalls im Zusammenhang mit dem historischen Prozess des Übergangs von der vordemokratischen Gesellschaft zur demokratischen Gesellschaft von einer „Transformation **zur** Parteiendemokratie“ sprechen. Eine Analogie zu einem derartigen Transformationsverständnis drängt sich auf, wenn man Crouch folgen würde und davon ausgeht, dass wir uns einem historischen Prozess der Transformation von der Parteiendemokratie **zur** Postdemokratie befinden. Eine derartig eindeutige Festlegung des Charakters der gegenwärtig stattfindenden Veränderungen der Parteiendemokratie wird im Forschungsschwerpunkt vermieden. Der Untersuchung von „Transformationsprozessen **der** Parteiendemokratie“ liegt vielmehr eine weichere Definition von Transformation zugrunde als sie in der Transformationsforschung gebraucht wird. Schmidt beschreibt Transformation als „Fachausdruck für entscheidungsbasierte, dynamische, ergebnisoffene Vorgänge der Umformung eines politischen Systems“ (Schmidt 2004: 716). Diese Definition knüpft stärker an die lateinische Bedeutung des Wortes *transformare* (umwandeln) an und wird nicht zwingend mit einem grundlegenden Wechsel von Systemstrukturen assoziiert. Vor diesem Hintergrund wird im Forschungsschwerpunkt unter dem Begriff Transformation die ganze Bandbreite möglicher Veränderungen der Parteiendemokratie – vom Systemwandel, über die Systemumformung bis zur kompletten Systemumgestaltung – verstanden. Es wird zunächst einmal davon ausgegangen, dass sich Anpassungsprozesse des Parteiensystems an veränderte politische Umweltbedingungen beobachten lassen, die nicht zwangsläufig systemtransformierenden Charakter haben, sondern zu neuen Ausformungen der Parteiendemokratie und neuen Arrangements zwischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Akteuren führen. Beobachtet und analysiert werden soll also das zeitgleiche Auftreten mehrerer interdependenten Prozesse, in deren Rahmen die Parteiendemokratie sich transformiert.

Der Transformationsbegriff findet auch in der Parteiensystemanalyse Verwendung. Dabei wird eine grundlegende Veränderung der Strukturmerkmale eines Parteiensystems (im Sinne eines Systemwechsels) nicht ausgeschlossen. So heißt es z.B. bei Mair: „Party system change occurs when a party system is transformed from one class type into another“ (Mair 1997: 51f.). Für eine differenzierte Untersuchung der Wandlungsprozesse eines Parteiensystems bietet sich jedoch das folgende, von Smith (1989: 353f.) entwickelte Vier-Stufen-Modell an (vgl. auch Niedermayer et al. 2006: 13):

- Temporäre Fluktuationen innerhalb eines Parteiensystems,
- partieller Wandel des Parteiensystems,
- genereller Wandel des Parteiensystems oder
- Transformation des Parteiensystems in einen andern Typ.

Überträgt man dieses Modell auf „Transformationsprozesse der Parteiendemokratie“, lässt sich Transformation als Sammelbegriff für vier unterschiedliche Intensitätsstufen des Wandels der Parteiendemokratie verstehen:

## Stufenmodell des Transformationsprozesses der Parteiendemokratie



Dieses Schema bietet für die geplanten Untersuchungen und Analysen im Forschungsschwerpunkt einen Orientierungsrahmen, mit dessen Hilfe sich die Frage, auf welcher Stufe sich die „Transformation“ der Parteiendemokratie der Bundesrepublik befindet, präziser bestimmen lässt. Auf dieser Basis können gegebenenfalls auch Hypothesen zu der Frage entwickelt werden, ob Rückwirkungen des Wandels der Parteiendemokratie auf die Stabilität des gesamten demokratischen Systems zu erwarten sind oder bereits beobachtet werden können.

### 3. Themen und Forschungsfragen der Dissertationsprojekte

Untersuchungen zur Parteiendemokratie umfassen in der Regel eine große Anzahl unterschiedlicher Parameter. Sie beziehen sich auf institutionelle Rahmenbedingungen sowie Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs, innerparteiliche Strukturen und Prozesse, die Stellung der Parteien im politischen System, die Programme der Parteien in verschiedenen Politikfeldern und ihre Beziehung zu gesellschaftlichen Gruppen sowie zu den Wählern. Niedermayer hat jedoch zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass in der politikwissenschaftlichen Parteienforschung nicht immer klar zwischen Parteistudien und Parteiensystemanalyse unterschieden wird (Niedermayer 2007: 114f). Parteiensystemanalyse ist grundsätzlich mehrdimensional, weil sie nicht nur die Anzahl der Parteien, ihre Interaktionsbeziehungen und ihre Beziehung zu gesellschaftlichen Gruppierungen in den Blick nehmen muss, sondern auch die ideologische Verortung der Parteien, die sich daraus ableitende Polarisierung des Parteiensystems und das Koalitionsverhalten der Parteien. Des Weiteren ist zu klären, ob es hegemoniale bzw. dominierende Parteien in einem Parteiensystem gibt, ob sie regional oder national organisiert sind und ob es sich um ein symmetrisches oder asymmetrisches Parteiensystem handelt (vgl. Niedermayer 2007). Zur Erforschung dieser Fragen stehen in der Politikwissenschaft und in den anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen gut etablierte Forschungsansätze (vgl. Duverger 1959, Sartori 1976, Blondel 1968, Steffani 1988, Ware 1996) sowie ein guter Mix aus quantitativen und qualitativen Forschungsmethoden (z.B. Messung der effektiven Anzahl von Parteien nach Laakso/Taagepera, Metrikanalysen zur Bestimmung des programmatischen Abstands zwischen Parteien, Programmanalysen, Wähleranalysen, Experteninterviews usw.) für die Parteiensystemanalyse zur Verfügung. Parteiensystemanalyse hat es also mit vielen verschiedenen Variablen zu tun, die im Einzelfall häufig schwer voneinander abzugrenzen sind und in ihrer Interaktionsbeziehung analysiert werden müssen. Die geplante Untersuchung von Transformationsprozessen der Parteiendemokratie kann sich in diesem Sinne der Ansätze, Instrumente und Methoden der Parteiensystemanalyse bedienen, erschöpft sich aber nicht in dieser.

Auf der Basis der konzeptionellen Überlegungen zum Forschungsschwerpunkt lässt sich die Bandbreite der Themen und Forschungsfragen, die durch die geplanten Promotionen aufgegriffen und beantwortet werden sollen, eingrenzen. Neben einer Bestandsaufnahme der Strukturprobleme und Defizite der aktuellen Entwicklung der Parteiendemokratie soll genauer analysiert werden, welche Lern- und Anpassungsstrategien die Parteien verfolgen (können), um auf diese Probleme und Defizite angemessen zu reagieren. Dies schließt die Frage

ein, welche Handlungsoptionen den Parteien überhaupt zur Verfügung stehen, um angesichts veränderter Konstellationen ihre Stellung als zentrale Akteure im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zu behaupten. Grundsätzlich sind Projekte geeignet, die

- sich mit Verschiebungen und Veränderungen im gesamten Parteiensystem beschäftigen (hier vor allem Krise der Volksparteien; Lagerkonstellationen und ihre Veränderung; Entwicklung neuer Koalitionsformate),
- innerorganisatorische Wandlungs- und Modernisierungsprozesse der Parteien aufgreifen (z.B. Mitgliederpartizipation; Wirkung plebiszitärer Elemente in der innerparteilichen Willensbildung; Mitglieder- und Elitenrekrutierung; Personal- und Organisationsentwicklung; interne und externe Professionalisierung; Diskussion über Kartellpartei, moderne Kaderpartei, professionell-elektorale Partei),
- das Verhältnis von Parteiendemokratie zu Direkter Demokratie thematisieren (Einfluss und Rückwirkung direktdemokratischer Verfahren auf die etablierten Kanäle der parteipolitisch dominierten Willensbildung und Entscheidungsfindung; Parteien und Verfahren der Direkten Demokratie als komplementäre und zugleich konfligierende Elemente der repräsentativen Demokratie; Stärkung oder Schwächung parteipolitischer Akteure durch direktdemokratische Verfahren),
- die Interaktion zwischen Parteien und Wählern untersuchen (wie ändern die Parteien ihre Kommunikationsstrategien und -instrumente, um auf volatile Wählermärkte zu reagieren; Entwicklung der Parteien zu Medienkommunikationsparteien; befindet sich die Parteiendemokratie in einem Modus des *permanent campaigning*; entwickeln sich Wahlkämpfe in Zukunft stärker netzwerkartig und autonom von unten; welche Rolle spielt dabei das Internet?).

Die Projekte sollen sich zwar vorrangig auf Entwicklungen des deutschen Parteiensystems konzentrieren, aber vergleichende Untersuchungen, die die Entwicklung der Parteiendemokratie in Deutschland in eine europäische Perspektive rücken, sind ebenso willkommen. Obwohl sich aus der Beschreibung des Forschungsschwerpunktes eine eindeutig politikwissenschaftliche Orientierung der geplanten Projekte herleitet, sind Vorhaben, die interdisziplinär angelegt sind (unter Einbeziehung z.B. soziologischer, historischer oder kulturwissenschaftlicher Ansätze) jederzeit möglich.

#### **4. Kontext an der Universität Bremen**

Das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bremen belegt einen Spitzenplatz im unabhängigen CHE-Ranking. Dazu trägt die starke Forschungsorientierung bei, die sich u.a. in den international anerkannten Forschungsleistungen mehrerer Forschungsinstitute, in der Forschungsarbeit übergeordneter Forschungseinrichtungen (Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“) und in zahlreichen Promotionsprojekten an einer über die Exzellenzinitiative geförderten Graduiertenschule (Bremen International Graduate School of Social Sciences) niederschlägt. Vor diesem Hintergrund verfügt das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bremen über hervorragende Kompetenzen und Infrastrukturen in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die geplanten Promotionsvorhaben gliedern sich in den Arbeitsbereich Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung (AWaPP) ein, der vor zwei Jahren ins Leben gerufen wurde, um eine diesbezügliche Forschungslücke am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen zu schließen. Obwohl sich der Arbeitsbereich noch in einem Aufbaustadium befindet, entstanden in seinem Umfeld in den letzten Jahren zahlreiche Qualifikationsarbeiten, die sich mit der Entwicklung des Parteiensystems und der Parteiendemokratie in der Bundesrepublik befassen. Durch die Vernetzung des Arbeitsbereichs mit anderen Einrichtungen der Promotionsausbildung an der Universität Bremen sowie mit ressourcenstarken Forschungseinrichtungen am Institut für Politikwissenschaft können für die geplanten Promotionsvorhaben sehr gute Bedingungen angeboten werden.

## Literatur

- Alemann, Ulrich von (Hrsg.)(2002): Parteien in der Mediendemokratie. Wiesbaden.
- Alemann, Ulrich von (2003): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage. Opladen.
- Arnim, Herbert von (1990): Entmündigen die Parteien das Volk? Parteienherrschaft und Volkssouveränität, in: APuZ, B 21, S. 25-36.
- Arzheimer, Kai (2002): Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes. Wiesbaden.
- Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. Wiesbaden.
- Blondel, Jean (1968): Party Systems and Patterns of Government in Western Democracies, in: Canadian Journal of Political Science, 1, S. 180-203.
- Crouch, Colin (2004): Post-Democracy, Oxford (auf Deutsch: Postdemokratie. Frankfurt a.M. 2009).
- Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.)(2007): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden.
- Decker, Frank (1999):: Parteien und Parteiensysteme im Wandel, in: ZParl, Heft 2, S. 345-361.
- Decker, Frank (2007): Die Bundesrepublik auf der Suche nach neuen Koalitionen, in: APuZ, 35-36, S. 26-33.
- Dittberner, Jürgen/Ebbinghausen, Rolf (Hg.)(1973): Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Duverger, Maurice (1959): Die politischen Parteien. Tübingen.
- Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.)(1997): Parteiendemokratie in Deutschland. Opladen.
- Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar (2001): Parteimitgliedschaften: Entwicklung und Sozialstruktur, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn, S. 274-296.
- Gellner, Winand/Veen, Hans-Joachim (1995): Umbruch und Wandel in westeuropäischen Parteiensystemen. Frankfurt a. M.
- Haungs, Peter/Eckhard Jesse (Hrsg.)(1987): Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven. Köln.
- Haungs, Peter (1980): Parteiendemokratie in der Bundesrepublik. Berlin.
- Jun, Uwe (2007): Parteiensystem und Koalitionskonstellationen nach der Bundestagswahl 2005, in: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Wessels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse. Wiesbaden.

- Jun, Uwe (2000): Parteiendemokratie im Wandel – Reaktionsstrategien von politischen Parteien, in: Politische Vierteljahresschrift 41. Jg., S. 347-353.
- Katz, Richard S./Mair, Peter (1995): Changing Models of Party Organizations and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics 1 (1), S. 5-28.
- Kirchheimer, Otto (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 6, S. 20-41.
- Kießling, Andreas (2001): Politische Kultur und Parteien in Deutschland. Sind die Parteien reformierbar?, in: APuZ, B 10, S. 29-37.
- Kleinert, Hubert (2007): Abstieg der Parteiendemokratie, in: APuZ, B 35-36, S. 3-11.
- Krockow, Christian Graf von/Lösche, Peter (Hg.)(1986): Parteien in der Krise. Das Parteiensystem der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens. München.
- Lehmbruch, Gerhard (1998): Parteienwettbewerb im Bundesstaat, 2. Auflage. Opladen/Wiesbaden.
- Machnig, Matthias (2001): Organisation ist Politik - Politik ist Organisation. Moderne Parteistrukturen als Voraussetzung für strategische Mehrheitsfähigkeit, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 3, S. 30-39.
- Mair, Peter (1997): Party System Change. Approaches and Interpretations. Oxford.
- Meyer, Thomas (2005): Theorie der Sozialen Demokratie. Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen.
- Mielke, Gerd (1995): Parteiensystem in der Krise oder Annäherung an die demokratische Normalität?, in: Jäger, Wolfgang et al. (Hg.): Republik und Dritte Welt. Paderborn, S. 231-242.
- Mielke, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan, in: Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien. Wiesbaden, S. 77-95.
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.)(2006): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden.
- Niedermayer, Oskar (2006): Das Parteiensystem Deutschlands, in: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden, S. 109-134.
- Niedermayer, Oskar (2007): Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, S. 114-119.
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard [Hrsg.](1993): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen.
- Niedermayer, Oskar (1996): Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen, in: Gabriel, Oscar W./ Falter, Jürgen (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien. Frankfurt a.M., S. 19-49.

- Niedermayer, Oskar (2000): Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems: eine quantitative Analyse, in: Klein, Markus et al. (Hrsg.): 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden, S. 106-125.
- Oberreuter, Heinrich (1996): Parteiensystem am Wendepunkt? Wahlen in der Fernsehdemokratie. München.
- Oberreuter, Heinrich (Hg.)(2001): Umbruch '98: Wähler, Parteien, Kommunikation. München.
- Oberreuter, Heinrich (1992): Politische Parteien. Stellung und Funktion im Verfassungssystem der Bundesrepublik, in: Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage. Opladen, S. 15-40.
- Poguntke, Thomas (1999): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland: Von Krise zu Krise?, in: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland (PVS Sonderheft 30). Opladen, S. 429-440.
- Poguntke, Thomas (1999): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland: Von Krise zu Krise?, in: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik. Rahmenbedingungen - Entwicklungen - Perspektiven, (PVS-Sonderheft 30). Opladen/Wiesbaden, S. 429-39.
- Poguntke, Thomas (2000): Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich. Wiesbaden.
- Rudzio, Wolfgang (2006): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 7. Auflage. Wiesbaden.
- Sandschneider, Eberhard (1995): Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung. Opladen
- Sartori, Giovanni (1976): Parties and Party Systems: A Framework for Analysis. Cambridge.
- Schmidt, Manfred G. (2004): Wörterbuch zur Politik. Stuttgart
- Smith, Gordon (1989): A System Perspective on Party System Change, in: Journal of Theoretical Politics, 1, S. 349-363.
- Steffani, Winfried (1988): Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteienanalyse, in: ZParl 19, Heft 4, S. 549-560
- Vorländer, Hans (2004): Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Informationen zur politischen Bildung (284). 59 S.
- Ware, Alan (1996): Political Parties and Party Systems. Oxford, 435 p.
- Walter, Franz (2009): Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration. Bielefeld.
- Wiesendahl, Elmar (2001): Die Zukunft der Parteien, in: Oscar W. Gabriel/Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, 2. akt. Auflage. Bonn, S. 592-619.